

**Für eine zukunftsfähige und energiesparende Mobilität:
Tempolimit, Straßenbaumoratorium und Priorität für Mobilität zu Fuß, mit Rad,
Bahn und Bus in Bayern und auf Bundesebene durchsetzen**

Die Verkehrspolitik der letzten Jahre ist in Bayern und auf Bundesebene durch Politikversagen gekennzeichnet. Bisher leistet der Verkehrssektor keinen nennenswerten Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen. Die Abhängigkeit unseres Auto- und LKW-dominierten Verkehrssystems von fossilen Energien, oft aus „Autoritären Staaten mit Bad Governance“, ist mit dem Krieg in der Ukraine nochmals überdeutlich geworden.

Daher ist ein politischer Paradigmenwechsel weg von der Stimulierung von klima-, umwelt- und städtezerstörendem Verkehrswachstum hin zu nachhaltiger Mobilität notwendig. Eine Verkehrswende muss die beiden Ziele Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsträger absolut vorrangig verfolgen.

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz fordert daher:

- "Die Stadt der kurzen Wege" stellt für uns das Leitbild der modernen Stadtplanung dar. Hierbei müssen vor allem die Bedürfnisse von Frauen* und anderen Bedarfsgruppen vermehrt berücksichtigt werden.
- ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Staats-, Bundesstraßen und Autobahnen und die Überarbeitung entsprechender Bedarfsplanungen unter dem Primat der Klima- und Umweltverträglichkeit,
- ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts,
- autofreier Sonntag einmal im Monat: Wie in der Ölkrise der 1970er Jahre lassen sich so ohne zusätzliche Kosten rund 0,7 Prozent der Ölimporte einsparen,
- sofortiges 365€-ÖPNV-Ticket für alle: 45 Prozent der täglichen Wege in Bayern werden mit dem Pkw zurückgelegt, ihre Verlagerung auf den ÖPNV führt zu direkten Einsparungen bei Ölimporten,
- die Erhaltung, Reaktivierung und Modernisierung von Bahnlinien und die effiziente Verknüpfung des regionalen Verkehrs im ländlichen Raum mit den geplanten Schnellbahnstrecken zwischen städtischen Zentren
- die Beschleunigung der Elektrifizierung aller Schienenstrecken in Bayern und die Verdoppelung des Verkehrsanteils der Schiene bis zum Jahr 2030,
- einen gut ausgebauten, bezahlbaren und von 5-24 Uhr verfügbaren ÖPNV auch im ländlichen Raum. Dazu ist in Stadt und Land ein sofortiger Aus- und Neubau benötigter ÖPNV-Infrastrukturen erforderlich, ebenso wie eine Erhöhung der Finanzierung und ein Vorrang für die Integration von ÖPNV-Anlagen im städtischen Raum, der durch Bedarfsangebote wie etwa Rufbusse auch nachts (0-5 Uhr) sichere Mobilität für alle ermöglicht.

- eine bessere Verknüpfung und Taktung der Verkehrsträger Bahn, Bus und PKW
- Verlagerung des LKW-Verkehrs auf die Bahn, sowie eine Optimierung der Verladeinfrastruktur auf die Schiene
- eine faire Verteilung des öffentlichen Raums mit Vorrang für Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr. Das bedeutet eine Umverteilung des Straßenraums zu Lasten des Autoverkehrs und zu Gunsten des Umweltverbundes.
- Der nicht mehr vermeidbare bzw. verlagerbare PKW-Verkehr ist schnellstmöglich auf elektrisch betriebene Fahrzeuge umzustellen. Auch für elektrisch betriebene PKW gilt, dass sie aus Energie- und Ressourcenschutzgründen leichter und kleiner werden müssen. Außerdem muss bei der Produktion und in der Lieferkette sämtlicher Ressourcen auf eine strikte Einhaltung der Menschenrechte geachtet werden.
- Den Stopp aller klimaschädlichen Subventionen für den Flugverkehr und alle Flughäfen, ebenso für den motorisierten Individualverkehr (Dieselsubvention, Dienstwagenprivileg, Pendlerpauschale) und die Verwendung der Gelder für den Ausbau des Umweltverbundes.
- Zur Förderung der Fahrradmobilität in den Städten und im ländlichen Raum muss der Freistaat Bayern Sicherheit und Infrastruktur für den Rad- und Fußverkehr sowie dessen Rolle im Umweltverbund verbessern.
- ein Verbot von Kurzstreckenflügen und die Verlagerung dieser Verkehre auf die Schiene,
- den endgültigen Verzicht auf die geplante dritte Start- und Landebahn am Flughafen München.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 22. Mai 2022 in Memmingen/hybrid